

Freie Wählervereinigung Auenwald (FWA)
Karl Meister, Fraktionsvorsitzender

Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zum Schreiben dieser Haushaltsrede hatte ich nur zwei Wochen Zeit. Das ist für jemand, der berufstätig ist, zu kurz. Ich beantrage, dass man künftig hierfür mindestens vier Wochen Zeit bekommt.

Bei den Finanzen von Auenwald ist zu beachten, dass wegen der ungewöhnlich hohen Verschuldung ein ungeheurer Betrag an Zinsen bezahlt werden muss, der bei der Finanzierung des laufenden Betriebs fehlt. Man darf sich nicht irritieren lassen, wenn Herr Ostfalk sagt, er habe eine Million in Reserve. Das ist bei einem 16-Millionen-Haushalt lediglich die momentane Bereitstellung der laufenden Ausgaben.

Vom Schuldenabbau wurde gesprochen. Tatsächlich werden die Schulden erhöht. Dabei wurde nichts Bedeutendes geschaffen. Das zusätzliche Geld wird zur Finanzierung des laufenden Betriebs benötigt, was keiner vorausschauend vernünftigen Haushaltsführung entspricht.

Dieser Haushalt sieht vor, dass neue Kredite aufgenommen werden müssen. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Auenwald erhöht sich dadurch von 591 Euro auf 645 Euro. Einem solchen Haushalt kann ich nicht zustimmen.

Wohl wegen anstehender Wahlen und um die Bürgerinnen und Bürger zu manipulieren, sollen Dinge ausgeführt werden, die bei dieser Haushaltslage eigentlich nicht gemacht werden dürfen. Man hat sich Dinge geleistet, die nicht notwendig sind. Das sind z. B. die Steinwüsten am Ortseingang von Unterbrüden,

der Auenwaldlehrpfad, die Außenanlagen beim Wassertretbecken, der Kauf von nutzlosen Grundstücken, die möglicherweise vom Bauhof gemäht werden müssen usw.. Derartige Dinge sollte man sich bei dieser Haushaltslage nicht leisten.

Was ich bei diesem Haushalt nicht mittragen kann, ist zum Beispiel,

- die elektronische Steuerung der bereits seit vielen Jahren bestehenden Regenüberlaufbecken,
- die Erweiterung der Klimaanlage im Rathaus,
- 15.000 Euro für die Planung der Scheune in Däfern (hier wäre es angebracht, wenn der Bauhof die verrutschten Dachplatten in Ordnung bringen würde, das hätte man wegen des vielen Regens schon lange machen müssen),
- der Kauf von Tauschgrundstücken ist in der vorgesehenen Höhe überflüssig,
- ebenso ist für den Kauf von Grundstücken für den Naturschutz, die später möglicherweise von der Gemeinde gepflegt werden müssen, ein zu hoher Betrag angesetzt.

Es war bekannt, dass durch die Absenkung von Grundwasser bei Mittelbrüden der Natur und der Landwirtschaft Schaden entsteht. Bürgermeister und Gemeinderäte gingen davon aus, dass Geschädigte diesen Schaden nicht beweisen können und haben deshalb diese Grundwasserabsenkung beschlossen (aus meiner Sicht eine gewollte Sachbeschädigung mit kriminellem Charakter). Jetzt ist Schaden durch diese Grundwasserabsenkung amtlich nachgewiesen. Bürgermeister Ostfalk ist aber nicht bereit, diese Ansprüche zu bereinigen. Geschädigte müssen jetzt über das Gericht ihr Recht geltend machen. Ein Gerichtstermin steht bereits fest. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich Gedanken darüber machen, mit was für Leuten man es in diesem Gremium zu tun hat.

Durch eine Grundwasserabsenkung schrumpft der Boden. Die Hauptstraße durch Oberbrüden hat ungewöhnlich viele Risse. Unter dieser Straße verläuft das Gewölbe des Brüdenbachs. Es ist ein Frevel, wenn man dieses Bachgewölbe durch Grundwassernutzung gefährdet. Durch die Reparaturen der häufig vorkommenden Wasserrohrbrüche entstehen enorme Kosten, die vom Wasserverbraucher aufgebracht werden müssen. Das sind Schäden, die durch eine Bodenschrumpfung entstehen. Der Sportplatz liegt im Einzugsbereich der oberflächennahen

Grundwassernutzung und muss deshalb sicherlich öfters beregnet werden. Das sind Folgekosten der Wasserentnahme.

Die Dorfpolizistin kann auch eingespart werden (ca. 16.000 Euro). Der Betrag steht in keinem Verhältnis zu dem, was es uns bringt.

Ich stelle den Antrag, dass der Gewerbebauplatz mit 10 Ar im Anwänder, sofern dort eine Wohnbebauung erfolgt, wie andere Hausbauplätze mit 270 Euro angeboten wird. Diejenigen Personen, die einen Wohnhausplatz im Wohngebiet erwerben wollen, müssen auch 270 Euro bezahlen. Für den Platz im Anwänder sind 100 Euro vorgesehen. Man darf dort machen, was man will und bekommt noch vom Staat einen Zuschuss.

Außerdem beantrage ich, dass der noch vorhandene Gewerbebauplatz im Anwänder nur an jemand abgegeben wird, von dem entsprechende Gewerbesteuern zu erwarten sind. Um die finanzielle Situation der Gemeinde zu entlasten, soll die Firma Lorch die Selbstkosten der Gemeinde für den für die Firma Lorch reservierten Platz vorab bezahlen.

Auch die Bauplätze in der Altenbergstraße in Oberbrüden dürfen nicht mit Verlust abgegeben werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht dazu da, für Fehlentscheidungen, die vom Bürgermeister und der Mehrheit des Gemeinderats, trotz Warnung, gemacht wurden, zu bezahlen. Für bedeutende Fehlentscheidungen braucht ein Bürgermeister auch die Mehrheit des Gemeinderats.

Aus der Wahlreklame der Bürgerlichen Wählervereinigung muss man entnehmen, dass sie der Meinung sind, dass auch Unvernunft vernünftig ist.

So ist es auch beim Bauhof, wo wegen einer Fehlentscheidung nun eine heizbare Garage gebraucht wird. Weitere Beispiele sind der Tiefbrunnen in Mittelbrüden, wo durch Grundwasserabsenkung Schaden und Kosten entstehen, sowie übergroße Friedhöfe, die gemäht werden müssen usw.

In der Geigersbergstraße ist man der Bitte der Anwohner, einen Gehweg zu bauen, nicht nachgekommen. In anderen Teilorten ist es selbstverständlich, dass ein Gehweg gebaut wird. Außerdem hat man die Häuser so nahe an die Straße gebaut, dass im Winter durch den Schatten Eis und Schnee lange erhalten bleiben, was für die Anwohner lästig und gefährlich ist. Auch ist die schmale Straße für die Kinder kein Vorteil.

Bedauerlich ist, dass Herr Ostfalk an die Öffentlichkeit bringt, die Gemeinde tue alles, was möglich ist, um die Grundwassersituation zu verbessern. Hier wird der Öffentlichkeit etwas vorgemacht, was nicht der Wahrheit entspricht.

Im Übrigen ist es so, dass diejenigen, die häufig für Dummheiten und Fehlentscheidungen verantwortlich waren, vom Bürgermeister gelobt und geehrt wurden.

Ein Bürgermeister sollte vor vorhersehbaren Fehlentscheidungen warnen und vermitteln und sich nicht selber für Dinge entscheiden, bei denen davon ausgegangen werden muss, dass Bürgerinnen und Bürgern Schaden entsteht.

Bedauerlich empfinde ich es auch, dass Bürgermeister und Gemeinderäte es abgelehnt haben, falsch aussagende Niederschriften richtig zu stellen. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Bei Einkäufen der Gemeinde und bei der Besetzung des Gutachterausschusses behauptet Herr Ostfalk, es werde abgewechselt. Ich selbst stelle aber etwas anderes fest. Ich beantrage deshalb, dass hier künftig korrekt gehandelt wird.

Die Berichte im Gemeindeblatt sind nicht ausreichend. Bei einer wahrheitsgemäßen Berichterstattung darf Wichtiges nicht einfach weggelassen werden. Ich stelle hiermit den Antrag, dass künftig ausführlicher berichtet wird.

Den Ausbau der Kinderbetreuung empfinde ich als gut. Hier wurde kein Aufwand gescheut. Die FWA wird sich weiterhin darum bemühen, dass hier noch mehr getan wird.

Auch der Bau eines Kunstrasensportplatzes darf nicht vergessen werden.

Die Situation im Bauhof hat sich auch gebessert. Für die Erledigung des Winterdienstes sind die Bauhofmitarbeiter besonders zu loben.

Für den Bau der Urnengräber in Oberbrüden habe ich kein Verständnis. Trotz des Hinweises, es zu unterlassen, hat Herr Ostfalk eigenmächtig dort Urnengräber bauen lassen, wo eine kostengünstige Erstellung einer zeitgemäßen Aussegnungshalle in Oberbrüden möglich gewesen wäre. Dadurch wird eine zeitgemäße Aussegnungshalle wie in Sechselberg oder Althütte sicherlich für lange Zeit ein Traum bleiben.

Beim Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Heslachhof wurde mit dem Geld locker umgegangen. Es hätte hier vernünftige Sparmöglichkeiten gegeben. Man muss es ja nicht selbst bezahlen. Wenn es viel kostet, bekommt der Planer eine gute Belohnung.

Folgende Anträge werden gestellt:

- Gelder, die für Ausgleichsmaßnahmen bestimmt sind, sollten für den Einbau von Wassersperren an den Wasser- und Abwasserleitungen verwendet werden (was bisher abgelehnt wurde).
- Ich halte es für angebracht, dass die Bremsnieren vor und nach Mittelbrüden beseitigt werden. Diese Kurven verursachen einen enormen Materialverbrauch, was die Umwelt verantwortungslos belastet.
- Parken an den Hauptdurchgangsstraßen innerorts darf es aus Gründen der Umwelt und zur Vermeidung von Unfällen nicht mehr geben.

- Angesichts der Verkehrsbelastung der dort vorhandenen Wohnhäuser kann die FWA einer Erweiterung des Gewerbegebiets Anwänder nicht zustimmen. Außerdem ist dort bester Ackerboden. Es wird vorgeschlagen, die Industrie südlich der Firma Schober anzusiedeln. Ferner bin ich der Meinung, dass es überflüssig ist, weitere Tauschflächen zu kaufen. Es wird der Antrag gestellt, dass der Gemeinderat von allen beabsichtigten Immobilienkäufen, die noch nicht zugesagt sind, informiert wird.
- Die Wasserabsenkung beim Tiefbrunnen bei Mittelbrüden muss eingestellt werden, weil der dadurch entstehende Schaden, der von den Verursachern zu Unrecht bestritten wird, für die Natur und die Landwirtschaft nicht mehr hinnehmbar ist. Nach dem Gesetz ist eine Wassernutzung nur zulässig, wenn die Umgebung nicht beeinträchtigt wird. In diesem Fall ist nachgewiesen, dass dadurch Schaden entsteht. Somit ist der Betrieb gesetzwidrig. Das dort vorkommende Wasserangebot lohnt sich angesichts der damit verbundenen Schäden nicht.
- Die bereits seit Jahren geforderten Spiegel an unübersichtlichen Einfahrten werden erneut gefordert.
- Trotz mehrmaligem Antrag hat die Verwaltung nicht dafür gesorgt, dass auch in Oberbrüden Müllmarken gekauft werden können.
- Die Vorfahrtsregelung der Altenberg- / Geigersbergstraße muss geändert werden. In die Altenbergstraße hat man keinen Einblick. Im Winter ist es wegen Eis und Schnee des Öfteren unmöglich, anzuhalten.
- Die unter der „Regie“ von Herrn Schif beim Haus Bühler eingebaute Entwässerung muss unter Aufsicht entfernt werden. Eine derartige Entwässerung ist gesetzlich verboten. Der dadurch entstehende Schaden darf der Natur und den vom Schaden Betroffenen nicht mehr länger zugemutet werden.

- Um Entwässerungen zu stoppen, wird beantragt, dass dort wo Leitungen verlegt worden sind und noch verlegt werden sollen, auf Funktion geprüfte Wassersperren eingebaut werden.
- Außerdem erinnere ich an die Anträge der Vorjahre und bitte um deren Behandlung, soweit sie noch nicht erledigt sind.

Es ist erfreulich, dass durch die neu hinzugekommenen Räte ein besseres Miteinander eingezogen ist, das hoffentlich Bestand hat.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Diese Haushaltsrede ist im Internet unter www.Freie-Wähler-Auenwald.de gespeichert.